



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Leo Dautzenberg

MdL

Vorsitzender
des Haushalts- und Finanzausschusses

4000 Düsseldorf, den 12. März 1991
Platz des Landtags 1, Postfach 11 43
Tel. (02 11) 88 40 Durchw. 8 84- 2336

An die
Mitglieder
des Haushalts- und Finanzausschusses

im H a u s e

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

VORLAGE
11/441

Betr.: Haushaltsberatungen 1991
hier: Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzaus-
schusses vor der 2. Lesung des Haushalts 1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der CDU hat mir Anträge zum Entwurf des Haushalts-
plans 1991 zugeleitet, die in der oben genannten Sitzung des Haus-
halts- und Finanzausschusses am 15. März 1991 gestellt werden sol-
len.

Diese Anträge - zur Unterscheidung auf blauem Papier gedruckt -
übersende ich hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Leo Dautzenberg

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Haushaltsgesetz/Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)---	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	-----------------------------------	----------------------------

1 § 2 des Haushaltsgesetz 1991 (Höchstbetrag für die Aufnahme von Kreditmitteln) sowie die Anlage zum Haushaltsgesetz 1991 (Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) sind entsprechend des CDU-Antrages zum Kapitel 20 650 Titel 325 00 (Schuldenaufnahmen) zu ändern.

Begründung:
Folgeänderung aus der Senkung der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt.

2 § 6 Abs. 9 wird gestrichen.

Begründung:
Die mit der Vorschrift beabsichtigte Regelung löst im Ergebnis die Einzelveranschlagung von Bauausgaben auf und widerspricht damit § 15 LHO. Sie deshalb zu streichen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 1 bis 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

1 Die Ansätze bei den sächlichen Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 (ohne Titel 529, 531 und 541) in allen Einzelplänen werden mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von mindestens 81 Mio DM gekürzt.

Begründung:
Sparzwang.

2 Die Ansätze bei den Titeln 531 und 541 in allen Einzelplänen werden um 50% mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von mindesten 23 500 000 DM gekürzt.

Begründung:
Sparzwang; rd. 23 Mio DM für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation, die nach der Reduzierung verbleiben, reichen aus, um die Landesregierung und deren Wirken angemessen darzustellen.

3 Die Ansätze bei den Titeln der Gruppe 529 in allen Kapiteln werden um 50% mit dem Ergebnis eines Einsparungsbetrages von mindesten 3.500 000 DM gekürzt. Dabei ist der Verfügungsansatz in Kapitel 20 020 in Höhe von 200 000 DM ersatzlos zu streichen.

Begründung:
Sparzwang; rd. 3,5 Mio DM für Verfügungsmittel, die nach der Rechnung noch verbleiben, reichen aus, um den angestrebten Zweck zu erreichen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Unterausschuß Personal **AFA**
zum Einzelplan 1 - 20 Haushalt 1991

Antrag
Nr.

**Antrag
(evtl. Begründung)

**Abstimmungs-
ergebnis

3a)

Die Stellenstreichungen in der Ergänzungsvorlage 11/1250 werden mit Ausnahme der Stellen für Ministerien (75), Landtag (9), Umweltverwaltung bei den Regierungspräsidenten (100) und Umweltverwaltung MURL (100) rückgängig gemacht. Darüber hinaus werden weitere 155 Stellen in den Ministerien gestrichen, so daß die mit dem Nachtrag 1990 ausgebrachten zusätzlich 136 Stellen sowie die mit dem Haushalt 1991 ursprünglich zusätzlich ausgebrachten 94 Stellen in Abgang gebracht werden.

Dem entsprechend sind die verschiedenen Personalausgabenansätze bis zu einem Betrag von insgesamt 41 Mio DM zu erhöhen.

Wirtschaftlich brüffelansatz

Begründung:

Die von der Landesregierung mit der Ergänzungsvorlage 11/1250 beabsichtigten Stellenstreichungen sind unrealistisch und entsprechen nicht dem Bedarf. Beispielfhaft gilt dies für die Streichungen im Polizeibereich, für das Drogenprogramm, im Lehrerbereich, bei der Gewerbeaufsicht und insbesondere für die Justiz.

Die Ausweitung des Personals der Ministerien ist sachlich nicht zu vertreten. Insbesondere auch nicht die Trennung des ehemaligen MSW in 2 Ministerien. Der zusätzliche langfristige Mehraufwand (ohne Pensionslasten) allein für diese Maßnahme mit 70 zusätzlichen Stellen wird geschätzt auf rd. 240 Mrd. DM .Hiermit könnten im 3. Förderweg rd. 4 000 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Allein mit den Bezügen des Ministers bzw. der Ministerin und eines Staatssekretärs für 5 Jahre - Legislaturperiode - könnten rd. 40 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Allein mit der 5-Jahresmiete für das neue Dienstgebäude (jährlich 3,25 Mio DM) könnten rd. 270 zusätzliche Wohnungen gefördert werden. Die sächlichen Verwaltungsausgaben für die nunmehr 2 Ministerien für das Jahr 1991 steigen gegenüber 1990 (1 Ministerium) um rd. 4,8 Mio DM. Allein hiermit könnten 80 zusätzliche Wohnungen gefördert werden.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 1 bis 20, Haushalt 1991

<u>Antrag</u> <u>Nr.</u>	<u>**Antrag</u> <u>(evtl. Begründung)</u>	<u>**Abstimmungs-</u> <u>ergebnis</u>
-----------------------------	--	--

4 Die Ansätze bei den Titeln der Obergruppe 81 in allen Einzelplänen mit Ausnahme des Polizei- (03 110) und der Hochschulkapitel (06 111 bis 06 820) werden um 30 v. H. mit einem Einsparungsbetrag von mindestens 55 000 000 DM reduziert.

Begründung:

Zur Vermeidung einer weiteren Verschuldung des Landes ist es erforderlich, 30% der für 1990 vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (mit Ausnahme der Polizei- und Hochschulbereiche) zu verschieben.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

- 1 Kapitel 20 010
Titel 015 10 - Umsatzsteuer (Landesanteil)
Der Ansatz wird um 70 Mio DM erhöht.
- Begründung:
Am 1. 7. 1991 werden die Mineralölsteuern erhöht. Hieraus ergeben sich zusätzliche Umsatzzusteuereinnahmen von geschätzt 70 Mio DM für das Land Nordrhein-Westfalen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

<u>Antrag</u> <u>Nr.</u>	<u>**Antrag</u> <u>(evtl. Begründung)</u>	<u>**Abstimmungs-</u> <u>ergebnis</u>
-----------------------------	--	--

2 Kapitel 20 020 Titel 462 00

Der Ansatz in Höhe von - 82 Mio DM wird gestrichen

Begründung:

Auf die Begründung zum Antrag . zum Haushaltsgesetz wird
verwiesen. Danach kann die globale Minderausgabe für
Personalausgaben, die mit der Ergänzungsvorlage - Drucksache 1/1250 -
neu ausgebracht worden ist, nicht erwirtschaftet werden. Diese
globale Minderausgabe ist deshalb zu streichen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20. Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

- 3 Kapitel 20 020
Titel 972 10
Der Ansatz für Minderausgaben in allen Einzelplänen zum Ausgleich des Haushaltsplans wird um weitere 121 Mio DM erhöht.

Begründung:
Sparzwang.

- 4 Kapitel 20 020
Es wird ein neuer Titel 972 20 mit der Zweckbestimmung "Globale Minderausgabe für Kürzungen bei Landeseinrichtungen" und einem Ansatz von - 20 Mio DM ausgebracht.

Begründung:
Insbesondere die Landeseinrichtungen, deren Aufgaben auch von den Hochschulen wahrgenommen werden können, sind mit dem Ziel einer Einsparung zu überprüfen. Beispielfhaft sind hier zu nennen, das Institut für Schule und Weiterbildung, das kulturwissenschaftliche Institut sowie das Institut für Arbeit und Technik.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalts- und Finanzausschuß,
Einzelplan 20, zum Haushalt 1991

Antrag	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
5	<p>Kapitel 20 030 Titel 613 11, 613 12 und 613 13 Die Ansätze für Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände werden um insgesamt 10 600 000 DM erhöht. Die Aufteilung auf die einzelnen Titel erfolgt nach dem bisherigen Verhältnis.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung der Ansätze ergibt sich aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer aufgrund der Mineralölsteuererhöhung 16,1 Mio DM abzüglich der Differenz zwischen Entfrachtung des GFG (316 Mio DM) und der Auflösung der Minderausgabe (321,5 Mio DM) Erhöhung</p>	<p><u>5,5 Mio DM</u> <u>10,6 Mio DM</u> =====</p>

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

- 6 Kapitel 20 030
- a) Titel 883 11 - Zuweisungen für Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung.
Der Ansatz wird um 45 Mio DM reduziert.
- b) Es wird ein neuer Titel 883 12 mit der Zweckbestimmung "Kommunale Wohnungsbauförderung" und einem Ansatz von 105 000 000 DM ausgebracht
- c) Titel 883 13 - Zuweisungen für die Durchführung des Schulbauprogramms.
Der Ansatz wird um 60 Mio DM reduziert.

Begründung:

Angesichts der Wohnungsnot ist es erforderlich, die Kommunen aufzufordern, eigene Wohnungsbauförderung zu betreiben. Als Anreiz hierzu werden den Kommunen hierfür im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden eingespart bei der Verkehrsberuhigung im Rahmen der Stadterneuerung und bei den Mitteln für den Bau von Gesamtschulen im Rahmen des Schulbauprogramms. Mit den bei Titel 833 13 verbleibenden Mitteln in Höhe von 102,5 Mio DM sind ausschließlich Schulbauten anderer Schulformen als Gesamtschulen zu fördern.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

- 7
- Kapitel 20 030
- a) Titel 883 14 - Übergangsheime
Der Ansatz von 200 Mio DM wird gestrichen.
- b) Titel 883 24 - Zuweisungen zu den Bau- und Einrichtungskosten gem.
§§ 10 und 16 Kindergartengesetz.
Der Ansatz von 25 600 000 DM wird gestrichen.
- c) Titel 883 25 - Zuweisungen an Träger der freien Jugendhilfen zu
den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16
Kindergartengesetz
Der Ansatz von 90 400 000 DM wird gestrichen.

Begründung:

Nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz, dem Landesaufnahmegesetz und dem Kindergartengesetz hat das Land bestimmte Anteile für den Bau und die Ersteinrichtung von Übergangsheimen bzw. von Kindergärten zu übernehmen. Aus diesem Grund ist die mit der ursprünglichen Regierungsvorlage vorgenommene Befrachtung des allgemeinen Steuerverbundes rückgängig zu machen und deshalb die Mittel wieder im Einzelplan 07 auszubringen. .

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

8 Titel 972 10 - Anteil des allgemeinen Steuerverbundes an den Mindereinnahmen bei der Umsatzsteuer
 Der Ansatz von - 321 500 000 DM ist zu streichen.

Begründung:
 Systemgerecht sind die Gemeinden an den Mindereinnahmen aufgrund der neuen Umsatzsteuer-Verteilung zu beteiligen. Um diese Beteiligung zu neutralisieren und um den Gemeinden auf Dauer einen gerechten Einnahmeanteil zu sichern, ist es notwendig, die globale Minderausgabe in Höhe von 321,5 Mio DM zu streichen und gleichzeitig die Befrachtung des GFG in einer Größenordnung von 316 Mio DM rückgängig zu machen. Insoweit wird auf den Antrag Nr. 9 zum Einzelplan 20 verwiesen.

Die Ausgaben für den Steuerverbund im Kapitel 20 030 stellen sich wie folgt:

Bisher (vor Ergänzungsvorlage)	12 008 100 000 DM
Herabsetzung durch Umsatzsteuerneuteilung	- 321 500 000 DM
zuzüglich Gemeindeanteil an Umsatzsteuer aufgrund Mineralölsteuererhöhung	<u>16 100 000 DM</u>
Steuerverbund neu	11 702 700 000 DM

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20. Haushalt 1991

Antrag
Nr. _____

**Antrag
(evtl. Begründung)

**Abstimmungs-
ergebnis

9. Kapitel 20 610
Es wird ein neuer Titel 133 10 mit der Zweckbestimmung "Einnahmen aus der Auflösung der Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank" und einem Ansatz von 69 Mio DM ausgebracht.

Begründung:

Der bei der letzten Kapitalerhöhung nicht in Anspruch genommene Teil der Sonderrücklage, die mit lediglich 4,1% verzinzt wird, wird für dringende Aufgaben des Landes und zur Vermeidung weiterer Verschuldungen des Landes benötigt. Die Sonderrücklage ist deshalb an das Land zurückzuzahlen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

10 Kapitel 20 610
Es wird ein neuer Titel 133 20 "Erlöse aus dem Verkauf von Anteilen an der Westdeutschen Landesbank" mit einem Ansatz von 500 Mio DM ausgebracht.

Begründung:
Die Stellung der WestLB als Bank der Sparkassen ist zu stärken und der Einfluß der Politik auf die Bank weitgehend zu reduzieren. Deshalb ist der schrittweise Verkauf von WestLB-Anteilen des Landes erforderlich.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
---------------	--------------------------------	----------------------------

- 11 Kapitel 20 630 Titel 131 10 (Seite 60)
"Erlös aus dem Verkauf unbeweglichen Vermögens"
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 erhält folgende Fassung:
"Mehreinnahmen bis zur Höhe von 59 000 000 DM dürfen zur Leistung von
Ausgaben bei Titel 821 00 verwendet werden."

Begründung:

Ausgaben zum Ankauf von Grundstücken sollen bis zur Höhe von
59 Mio DM insoweit erfolgen, als Mittel durch Verkauf von
Grundstücken eingehen.

- 12 Kapitel 20 630 Titel 821 00
"Erwerb von Grundstücken"
a) Der Ansatz von 59 000 000 DM wird gestrichen.
b) Der Haushaltsvermerk Nr. 1 erhält folgende Fassung:
"Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titel 131 10."

Begründung:

Ausgaben zum Ankauf von Grundstücken sollen bis zur Höhe von
59 Mio DM insoweit erfolgen, als Mittel durch Verkauf von
Grundstücken eingehen.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

<u>Antrag</u> <u>Nr.</u>	<u>**Antrag</u> <u>(evtl. Begründung)</u>	<u>**Abstimmungs-</u> <u>ergebnis</u>
13	<p>Kapitel 20 630 Es wird ein neuer Titel 131 30 mit der Zweckbestimmung "Erlöse aus der Veräußerung des Grundstücks Tannenstraße in Düsseldorf" mit einem Ansatz von 550 Mio DM ausgebracht.</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Vermeidung weiterer Verschuldungen des Landes ist es erforderlich, das Grundstück zu veräußern.</p>	
14	<p>Kapitel 20 630 Titel 783 10 - Umbau des Ständehauses in Düsseldorf Der Ansatz von ursprünglich 12 Mio DM wird um weitere 10 Mio DM reduziert.</p> <p><u>Begründung:</u> Nach der Ergänzungsvorlage - Drucksache 11/1250 - ist der Ansatz gesperrt; darüber hinaus soll nach den Äußerungen des Finanzministers die Baustelle eingemottet werden. Bei dieser Sachlage ist es zulässig, den Ansatz völlig zu streichen.</p>	
15	<p>Kapitel 20 650 Titel 325 00 - Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt Der Ansatz wird um 1 154 000 000 DM reduziert.</p> <p><u>Begründung:</u> Die von der CDU-Fraktion beantragten Änderungen bei den verschiedenen Haushaltsstellen (insbesondere hinsichtlich der Veräußerungen von Anteilen und Grundstücken des Landes) ermöglichen es im Ergebnis, den Ansatz für Schuldenaufnahmen um 1,154 Mrd. DM zu reduzieren.</p>	
16	<p>Kapitel 20 650 Titel 575 10 - Zinsen für Kreditmarktmittel Der Ansatz wird um weitere 80 Mio DM reduziert.</p> <p><u>Begründung:</u> Die Reduzierung der Schuldenaufnahmen ermöglicht eine weitere Reduzierung des Ansatzes für Zinsen für Kreditmarktmittel.</p>	